

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 13

Artikel: 37000 Flüchtlinge verschwunden
Autor: Ow, Meinrad von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093671>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

37 000 Flüchtlinge verschwunden

Ende Mai erklärte das Politbüromitglied der Südwestafrikanischen Volksorganisation (Swapo), Daniel Tjongarero, auf einer Kundgebung in Pretoria, die Swapo wolle keinen Einparteiensstaat errichten und sei für eine Koalition offen, wenn sie bei den Wahlen in Namibia am 1. November die absolute Mehrheit verfehlen sollte. Doch nicht nur das generalstabsmässig geplante Eindringen mit schweren Waffen ausgerüsteter Swapo-Kämpfer in Namibia zu Beginn des Übergangsprozesses lässt Skepsis aufkommen.

Noch im April hat der Generalsekretär der Swapo, Andimba Toivo ja Toivo, der in Prag erscheinenden «Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien – Probleme des Friedens und des Sozialismus» auf die Frage nach dem politischen Konzept der Swapo erklärt: «Wir bekennen uns zur Philosophie von Marx, Engels und Lenin. Es ist aber nicht leicht, deren Ideen vollständig zu verwirklichen. Wir müssen uns dem gesteckten Ziel langsam nähern und dabei zu jedem Zeitpunkt die vorherrschenden Bedingungen berücksichtigen. Man darf nicht beschliessen, schon morgen im Land den Sozialismus zu proklamieren. Das wäre Selbstmord. Das politische Konzept unseres Programms ist jedoch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.» Er bekräftigte damit die Aussage des Präsidenten der Swapo, Sam Nujoma, «Der Kommunismus ist der einzig gangbare Weg für Namibia» gegenüber der Zeitung «Le Soleil» im Oktober 1987.

Namenslisten

«amnesty international» und die «Internationale Gesellschaft für Menschenrechte» (IGFM) haben in den letzten Jahren Menschenrechtsverletzungen der Swapo angeprangert. Die IGFM hat Namenslisten der gefangenen, verschollenen und ermordeten Swapo-Dissidenten veröffentlicht und sich damit nicht nur den Zorn linksradikaler Drittweltgruppen zugezogen. Auch der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Gunnar Stålsett, stellte die Menschenrechtsverletzungen der Swapo in Abrede und machte sich deren Version zu eigen, sie halte nur «100 südafrikanische Spione» gefangen. Die Beschuldigungen der IGFM seien «Teil des ständigen südafrikanischen Propagandakrieges, der darauf abzielt, die Befreiungsbewegungen zu diskreditieren». Der Lutherische Weltbund werde weiterhin die Swapo als «rechtmässige Regierung des namibischen Volkes» betrachten. Mit der Begründung «Die erhobenen Vorwürfe erscheinen nicht von vornherein als ausgeschlossen» des Kirchentagspräsidenten Dr. Helmut Simon wurde die IGFM in diesem Jahr vom «Markt der Möglichkeiten» des Berliner Evangelischen Kirchentags ausgeschlossen.

Überraschenderweise hat der Swapo-Chef Sam Nujoma Ende Mai die Berichte der IGFM teilweise durch seine Erklärung bestätigt, seine Organisation habe 199 politi-

sche Gefangene freigelassen. Dieser Schritt wurde als Teil der Politik der nationalen Versöhnung für Namibia bezeichnet. Die Entlassenen seien in ein Lager des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR) gebracht worden. Dies wurde bisher vom UNHCR nicht bestätigt. Auch eine Namensliste der angeblich Freigelassenen ist bisher nicht bekanntgeworden. Im Gegensatz zu Sam Nujoma teilt das Swapo-Zentralkomiteemitglied Hidipo Hamutenya mit, die Freigelassenen hielten sich in Flüchtlingslagern der Swapo in Angola auf, zu denen weder Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes noch die anderer neutraler Organisationen Zutritt erhalten. Die Mitte Mai angeblich freigelassenen Verschwundenen sind jedenfalls bis heute wieder verschwunden. Die Zahl der inhaftierten namibischen Dissidenten beträgt ein Mehrfaches der von Nujoma genannten Zahl der angeblich Freigelassenen. Lediglich der Swapo-Mitbegründer Shipanga ist vor einiger Zeit aus jahrelanger Swapo-Haft entlassen worden, nicht zuletzt auf Druck von Aussenminister Genscher.

In den letzten Jahren haben die Swapo und die zuständigen UNO-Dienststellen die Zahl der namibischen Flüchtlinge in den Lagern der UNHCR und der Swapo in Sambia und Angola stets mit etwa 77 000 angegeben. Die Möglichkeit zur unbehinderten Rückkehr aller Flüchtlinge nach Namibia ist Bestandteil des auf die UNO-Resolution 435 gestützten westlichen Lösungsplans. Bisher haben

In dieser Nummer

Ende Feuer – Ende Gas	4
Jacques Baumgartner über Angola	
Frauen in der DDR	6
Alltag drüben	
«Mein Wahlprogramm»	6
Glasnost in der UdSSR	
Ortega auf Sammeltour	7
Halbe Ergebnisse in und für Nicaragua	
Peking ist nicht Moskau	8
Eine Analyse von Peter Sager	
Die manierlichen Sezessionisten	9
Nach einem Augenschein in Estland	

Kaiserstrasse in Windhuk



LIEBE LESER

Mit dem Waffenstillstand zwischen MPLA und Unita wird der dortige Krieg auch mit seinem besonders dunklen Kapitel der kubanischen Giftgaseinsätze zur Geschichte. Wie sie nachgewiesen wurden, berichtet Jacques Baumgartner auf der folgenden Seite; dank der Waffenruhe an Ort ist aus dem Beitrag zum Glück ein Nachtrag geworden.

Beendet wird mit dem Bürgerkrieg auch eine zweiseitige ausländische Kriegseinmischung; gleichgewichtig war sie freilich nicht. Wohl trifft es zu, dass auf der einen Seite die Kubaner und die Sowjets für ihr marxistisch genanntes MPLA-Regime kämpften, während auf der andern Seite die Südafrikaner den Unita-Buschkriegern halfen, die überdies auch von den USA, unter anderm mit Stingers, beliefert wurden, aber die Sache war weder von den Proportionen noch von der Anlage her gleich. Vor fünfzehn Jahren beanspruchten drei Befreiungsbewegungen die Nachfolge im faktischen Kolonialgebiet der portugiesischen Überseeprovinz: die MPLA, die (inzwischen irrelevant gewordene) FNLA und die Unita. Man einigte sich auf eine Koalition und auf freie Wahlen. Indessen kam es nicht dazu.

Im Lande selbst flammte der Bürgerkrieg auf, und als die MPLA zu verlieren drohte, war es die UdSSR, welche als einzige äussere Grossmacht der einen Partei militärisch zu Hilfe eilte und der MPLA, die sie zu ihrem exklusiven Schützling gemacht hatte, zum Sieg verhalf. Der völlig überraschte Westen hielt zu der Zeit in keiner Weise «Gegenrecht»; auch hinderte ihn das Bewusstsein seiner kolonialen Vergangenheit daran, sich der kolonialen Gegenwart des sozialistischen Lagers entgegenzustellen.

Erst später, als die Unita-Widerstandsbewegung mit Unterstützung der Bevölkerung der überlegenen Waffengewalt und den inzwischen eingeflogenen Hilfstruppen des Gegners wider Erwarten zu trotzen vermochte, griffen die Südafrikaner für eine afrikanische Befreiungsbewegung ein nach dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. (Denn das MPLA-beherrschte Angola gehörte zu den sogenannten Frontstaaten gegen Südafrika und war mit der Swapo in Namibia verflochten.) Und nochmals später kamen die USA-Waffenlieferungen für die Unita. Diese beharrte übrigens die ganze Zeit hindurch immer noch auf freien Wahlen, die vom MPLA-Regime verhindert wurden, das den Sozialismus aufbaute und mithin die Diktatur.

Jetzt hat sich, verkoppelt mit der Namibia-Lösung, die globale Lage verändert. Nicht zuletzt deswegen, weil sich das sozialistische Lager verändert hat, ausgehend von seiner sowjetischen Führungsmacht.

Christian Brügger

sich aber nur etwa 40 000 namibische Flüchtlinge zur Repatriierung bei den Vertretern der Vereinten Nationen registrieren lassen.

Unbeantwortete Fragen

Im April haben der UNHCR, die Swapo-Führung und Regierungsvertreter Angolas ein Protokoll unterzeichnet, das ausdrücklich festlegt, dass namibische Flüchtlinge, die sich nicht für eine Repatriierung registrieren lassen, «freiwillig» in Angola zurückbleiben. Fragen nach dem Verbleib der 37 000 nicht registrierten Flüchtlinge blieben bisher von Swapo und UNHCR unbeantwortet. Ist es möglich, dass die meisten von ihnen nur auf dem Papier existiert haben, um die Unterstützungsgelder der Swapo zu vermehren? Ist ein Teil dieser Menschen Säuberungsaktionen zum Opfer gefallen, oder werden Dissidenten und Missliebige weiterhin in Lagern in Angola und in Sambia festgehalten? Nur der Zutritt von Vertretern des Roten Kreuzes oder anderer unabhängiger internationaler Organisationen zu all diesen Lagern kann hier Klarheit schaffen.

Ein namhafter Preis

Der Präsident der Swapo, Sam Nujoma, ist zusammen mit dem Schweizer Nationalrat

Jean Ziegler Mitglied der Jury des mit 250 000 \$ dotierten «Gaddhaffi-Menschenrechtspreises», der in diesem Jahr dem in Südafrika inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela verliehen wird.

Dieser als «Gegen-Nobelpreis für die Dritte Welt» bezeichnete Preis wird von einer in Genf nach Schweizer Recht eingerichteten Stiftung verliehen, der bis im April der Friedensforscher und für die «Grünen» im Deutschen Bundestag sitzende Abgeordnete Alfred Mechttersheimer angehörte. Gaddhaffi, der Stifter und Namenspatron des Menschenrechtspreises, hat am 23. Mai 1987 die vom libyschen Fernsehen übertragene Hinrichtung von neun Menschen als «sehr nützliche Lektion für die Opposition» bezeichnet.

Das Jurymitglied Jean Ziegler schreibt in seinem Buch «Afrika, die neue Kolonisation»: «Imperialismus und Kapitalismus haben die Unterwerfung Afrikas bewirkt und unabänderlich gemacht. Die einzig wirksame Antwort auf die ungelösten Probleme ist ein weltweiter Aufstand der Unterdrückten.» ■

Afrikanerviertel in Windhuk

